

Ersteinst  
wöchentlich einmal  
in  
Zürich (Schweiz)  
Verlag  
H. Deter, Industriehalle  
Mühlbach-Zürich  
Postsendungen  
franco gegen franco.  
Gemeinnützige Briefe  
nach der Schweiz kosten  
Doppelporto.

# Der Sozialdemokrat

Internationales Organ  
der Sozialdemokratie deutscher Zunge

Abonnements  
werden nur beim Verlag und  
bei den bekannten Agenten ent-  
gegengenommen und zwar zum  
voraus zahlbaren  
Vierteljahrspreis von:  
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)  
Fr. 3.— für Deutschland (Gouvern.)  
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Gouvern.)  
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des  
Weltpostvereins (Kreuzband).  
Inserte  
Die dreispaltige Zeile  
25 Gts. — 20 Pfg.

N. 17.

Sonntag, 25. April.

1880.

Isis an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezug verfolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Beitrags- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Rücksichtsmäßigkeit verkannt werden, die Beirathgeber über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Hauptfordernd ist hierzu einzusetzen, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag schriftl. abrefixen, sondern sich möglichst an irgend eine unbedenkliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größter Sicherheit Kommandirung. Soviel an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unsern Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

## Zur Berathung des Sozialistengesetzes.

Am 17. ds. hat die zweite Lesung über die in der Kommission durchberathene und mit einigen kleinen Abänderungen veränderte Sozialistenborlage begonnen, und werden die Berathungen über diese nächst dem mit ihr zusammenhängenden Militärgesetz wichtigste Gesetzesvorlage dieser Reichstagsession voraussichtlich im Laufe dieser Woche zu Ende geführt. Das Ergebnis dieser Verhandlungen kennen wir schon im Voraus: die Verlängerung des Sozialistengesetzes auf vorläufig vier Jahre wird angenommen und dadurch das bisher „provisorische“ Ausnahmegesetz, die gewaltsame Unterdrückung der Sozialdemokratie, zu einer dauernden Regierungseinrichtung gemacht werden.

Daß es so kommen wird, so kommen muß, darüber konnte bei Klarblickenden seit 1878 so wenig ein Zweifel bestehen, wie über die daraus notwendig erwachsenden Folgen. Ebenso wenig brauchen wir heute nochmals unsere Stellung zu der Verlängerung des Sozialistengesetzes darzulegen: sie hat ihren bestimmten Ausdruck in dem Aufruf an die Partei in Nr. 9 des Parteiorgans gefunden. Was etwa später noch zu sagen ist, wird zu seiner Zeit gesagt werden, und vor allem wird unsere Antwort durch die That nicht auf sich warten lassen.

Heute aber halten wir es für nützlich, einige gegnerische Stimmen der Warnung und des tiefsten Hinweises auf die unausbleiblichen Folgen der Fortsetzung des jetzigen Unterdrückungssystems zum Ausdruck zu bringen. Nicht etwa, als ob wir dadurch den Sinn unserer Gegner noch in letzter Stunde wenden zu können hoffen; denn wen das Schicksal verberben will, dem nimmt es erst den Verstand, und mit Vernunftfähigen verliert kein Vernünftiger seine Worte. Aber es kann nicht stark genug betont und vor aller Welt festgesetzt werden, welche schwerwiegende Verantwortung unsere Feinde durch die Entscheidung übernehmen, welche sie jetzt leichten Herzens zu treffen sich anschicken, und wie sie für die aus ihr entstehenden Folgen einzustehen haben werden. Bei ihnen steht die Wahl der Wege, auf denen die nahe bevorstehende, ja richtig schon begonnene Umwälzung aller gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse vor sich gehen soll: Stimmzettel oder Schwert! Wägen sie nach Verlieben wählen — wir nehmen beides an und sind auf beides eingerichtet; aber auf ihr Haupt die Verantwortung!

Und so denken nicht wir allein. Ein eifriger Gegner der Sozialdemokratie, der vor einiger Zeit ein sozialistenfeindliches Buch über „Die Ursachen der Entstehung der Sozialdemokratie“ schrieb, hat den Muth, in einem „Mit Gott für Kaiser und Reich“ überschriebenen und im „Staatssozialist“ veröffentlichten Artikel offen gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes einzutreten und sich folgendermaßen auszusprechen: „Die Ausnahmegesetze verbittern, verschärfen die Gegensätze, konsolidiren alle unzufriedenen Elemente, und erwecken so sicher als die Flüsse Feuerwärts fließen, auch bei uns den Nihilismus. Wir stehen vielleicht vor der allerernstesten Entscheidung, die seit der Gründung des neuen deutschen Reichs vor uns trat. Wir sind überzeugt, daß jetzt ein Wendepunkt zum Guten oder zum Schlimmeren gegeben ist und daß vielleicht von der bedingungslosen Annahme des Sozialistengesetzes die akute Revolution zu datiren sein wird!“ Der hochkonservative Verfasser nennt das Ausnahmegesetz ein „parteiliches“, „einseitiges“, „feindliches“ und gesteht, daß die herrschende Klasse ohne schleunige soziale Reformen im Sinne der gerechten Forderungen des Proletariats „der Revolution machtlos gegenüber steht!“

Daß das Sozialistengesetz diese für die herrschende Klasse bedenklichen Folgen und eine bedeutende Verstärkung der Sozialdemokratie statt der gehofften Vernichtung erzeugen müsse und zum Theil schon erzeugt hat, wird von nächstern und aufrichtigen Gegnern der verschiedensten Parteirichtungen ohne Umschweife zugestanden. So läßt sich die fortschrittliche Berliner „Volkszeitung“ also vernehmen: „Die auf Grund des Ausnahmegesetzes verhängten Maßregeln waren geeignet, die Agitation zu befördern, so daß wir also mit Verlängerung jenes Gesetzes nur noch mehr Del ins Feuer gießen würden.“

Das fortwährende Anwachsen der Sozialdemokratie ist wesentlich auf Ursachen zurückzuführen, die durch das Ausnahmegesetz gar nicht berührt werden. . . . Fragen wir uns nun, ob durch das Sozialistengesetz zur Verminderung der Ursachen zur Unzufriedenheit beigetragen worden ist oder doch beigetragen werden kann, so müssen wie das entschieden verneinen. Nur gewisse Ventile, die jener in weiten Volkskreisen verbreiteten Stimmung gleichsam zur gefahrlosen Ableitung dienen, sind durch die ausnahmegesetzlichen Maßregeln verstopft worden, und wer heute hinein hört in die Arbeiterkreise und die Stimmung derselben erforscht, der findet, daß der alte Haß gegen die Bourgeoisie und den heutigen Staat nur noch heftiger geworden ist, seit im Sozialistengesetz der Versuch gemacht worden ist, das Proletariat mundtot zu machen. . . . Nirgend zeigt sich die Partei geschwächt.

... Die Gegner des Sozialistengesetzes warnen seiner Zeit vor der Entfesselung einer großartigen geheimen Agitation, die durch kein Gesetz zu treffen sei — und diese geheime Agitation ist heute im großartigsten Maßstabe da. . . . „Es ist eitel Illusion, an einen Niedergang der Sozialdemokratie unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes zu denken, im Gegentheil ist sie gewachsen“ — schreibt der „Staatssozialist“. „Man muß zugeben, die Partei ist von einer Opferwilligkeit und Hingabe befeuert, wie sie sich keine andere politische Partei zu rühmen hat und wie man Rechnliches nur bei religiösen Bewegungen zu spüren bekam. In jeder Nummer dieser Blätter findet man zahlreiche Korrespondenzen aus allen Gegenden Deutschlands, fühlt man den regen Pulsschlag eines engegeschlossenen und einheitlichen Zusammenhaltens. Wägen die Polizeiorane noch so sehr ihre Pflicht thun, eine halbe Million Männer, in den Verkehrszentren zusammengebrängt, sind einfach nicht zu kontrolliren. Es ist unausbleiblich, daß diese Propaganda und Machtenkaltung den Muth und die Hoffnung auf einen baldigen großen Umschwung der Dinge aufs Höchste belebt trotz aller Repressivmaßregeln. Die Sozialdemokratie sieht den ihr unerträglichem Druck vielmehr als das bis an den Rand gefüllte Maß an, zu dessen Ueberlaufen es nur noch weniger Tropfen bedarf. Sie tröstet ihre Anhänger mit dem bekannten Satz, daß die Extreme sich nahe zu berühren pflegen. Nicht also tröht, sondern gerade wegen der einseitigen Repressivmaßregeln erstarkt sie. . . . Das Gesetz wird nichts weniger als enttäuschende sozialdemokratische Massen finden. . . .“ Und nachdem das Blatt die im Wert befindliche Umgestaltung unserer Organisation, die Flugschriftenpropaganda, die geheime Korrespondenz, kurz, die im Parteaufstuf dargelegten Absichten und Pläne besprochen, fährt es fort: „Das Alles ist die Antwort auf die Verlängerung des Sozialistengesetzes. Es klingt wie das Hoßgelächter des Zauberers, auf welches der Riese mit wilden Keulenschlägen losschlägt ohne den Lacher selbst erblicken zu können. . . .“

Was aber das Ende von alledem sein wird, sein muß, das findet sich in einigen Organen der gegnerischen Presse verschiedener Parteien so unumwunden ausgesprochen, als es nur ein sozialistisches Blatt thun könnte; ja es wird nicht selten die ganze Verantwortung für das Kommende nicht uns, sondern der Verblendung der herrschenden Klasse zugeschrieben, wobei freilich nicht verschwiegen werden darf, daß solche lichte Momente bei der Mehrzahl nicht lange dauern und darum jedes Einflusses auf die Gestaltung der Dinge entbehren. So schreibt die völksparteiliche „Frankf. Ztg.“: „Welche Summe von Haß und Rachsucht im Gefolge des Ausnahmezustandes erwacht, läßt uns die Rede Bebel's (über den Berliner Belagerungszustand) schauernd ahnen, wir erhalten den unheimlichen Eindruck geheimer Gefahren, die den Frieden der Nation mehr bedrohen, als dies je die offene Agitation vermochte.“ Die ultram. „Germ.“ glaubt zwar „an die Schrecken des Nihilismus, die uns der Abgeordnete Vahlteich auch für Deutschland in Aussicht stellte, noch nicht“, hält aber die Zunahme der Verbitterung der Arbeiterklasse für unausbleiblich. Sie zeigt, wie viel revolutionärer Zündstoff angehäuft ist; das schon genannte christlich-soziale Organ aber vergleicht ganz Europa mit einer Pulvertonne, welche der erste Funke in Brand setzen kann. „Gegen die Gefahr solcher Explosionen schützt auf die Dauer kein Löschapparat von Polizeimaßregeln, jetzt es hinzu, sondern nur ein Organismus durchgreifender Reformen“ — die natürlich nicht kommen werden. „Die Aussicht auf eine soziale Revolution ist auch in Deutschland nicht in nebelgraue Ferne gerückt. Sechs Jahre (die ursprünglich geplante Dauer der Verlängerung des Sozialistengesetzes; jetzt werdend bekanntlich „nur“ vier, was aber für uns vollkommen gleichgültig ist) — sechs Jahre sind lang genug, um positive, verständliche Reformen einzuführen, aber zu lang für das schleichende Gift der geheimen Agitation und für die Ansammlung des Explosionsstoffes. Man wird immer größere Geschäftlichkeit in der geheimen Organisation erhalten, die sozialdemokratische Agitation, in der Hingabe mit jedem Tage wachsend und zu üben sich gezwungen sehend, wird auch die Schlupflöcher im Zaum ausfindig machen, durch welche sie die noch intakten Kreise infiltrirt, und es wird nichts Anderes übrig bleiben, als den alten fünf neue fünf Jahre hinzuzufügen, bis der Moment gekommen, auf den die Sozialisten aller Länder warten. . . . Eine Hoffnung hält die Sozialisten aufrecht, — nicht diejenige auf Beendigung des Ausnahmegesetzes, sondern die auf den baldigen Tag der großen Revanche, so ungefähr um 1889 herum! . . .“

„Und werden denn — fragt das konservative Blatt weiter — alle diese Hindernisse und Verdrüssungen auf eine nahe bevorstehende soziale Revolution etwa durch die vortreffliche Verfassung unserer bestehenden Zustände lächerlich gemacht und Lügen gestraft? Sind dieselben derartig, daß sie den Gedanken an die Revolution ohne Weiteres in das Gebiet unklarer Herzensbefehlungen und agitatorischen Kunststücke verweisen dürfen? Wenn der theoretische und praktische Materialismus in den oberen

Ständen von Tag zu Tag zunimmt, in den unteren dagegen das Proletariat und der Pauperismus täglich eine breiter anschwellende Strömung werden; wenn die Sorglosigkeit und das dumme Vertrauen auf Hinterlader und Pallasche stets lüppiger sich gebildet; wenn die Kirche sich noch immer nicht zur Entfaltung einer sozialen Thätigkeit im großen Stile aufrufen kann, wenn sie nicht mit gewaltiger Stimme ihr Zeugniß gegen alle Ungerechtigkeit und Lieblosigkeit erhebt; wenn die Regierungen im Grunde der sozialen Spitz rathlos gegenüber stehen, auch nicht einmal erst die Gefahren derselben zu erkennen vermögen; wenn die liberalen Parteien sich zersehen und in den Haaren liegen, die konservativen dagegen doch nur nothgedrungen und oberflächlich mit der sozialen Frage sich beschäftigen, nur mit Stopfnadeln und Pflöckchen an sie herantreten: — wo in aller Welt, liegt dann der Anker der Hoffnung? Worauf wollen wir uns verlassen? Auf „den lieben Gott“? Sehr gut, aber wenn dieser „liebe Gott“ nun auch die Heiligkeit und Gerechtigkeit ist, und es für heilsam erkennt, daß ein großes internationales Gewitter die Luft reinige, was dann? Vielleicht „Après nous le déluge?“ In der That scheint dies der letzte Trost jener markt- und energielosen Gesellschaftsbestandtheile zu sein, welche von keiner echten Reform, weder an sich selbst noch am Ganzen, etwas wissen wollen, weil dieselbe sie in ihrer Behaglichkeit stört und Opfer fordert. . . . Wenn nicht ein schnelles, energieloses Erwachen im konservativen Lager und in den Kabinetten zu versöhnlichen Reformen erfolgt, der einzigen Möglichkeit, diesem täglich stärker werdenden Feinde erfolgreich entgegenzutreten, dann werden allerdings die 80er Jahre uns Ereignisse bringen, welche den deutschen Michel vollständig außer dem Häuschen sehen. Es fragt sich nur, wo die elektrische Batterie zuerst losgeht. Das Ueberige findet sich dann von selbst. . . .“

Wir haben diesen gegnerischen Bekenntnissen nichts hinzuzufügen. Discite, moniti!\*\*)

## Die Landfrage in England.

In meinem letzten Briefe berichtete ich über die agrarische Bewegung in Irland. In diesem Lande geht die Bewegung sehr lahm vor sich. Das Feldgeschrei: die Erziehung der Pächterwirtschaft durch bäuerlichen Grundbesitz, ist aufgekomen ohne jegliche Absicht, die Bewegung zu ihrem einzig möglichen und logischen Abschluß, einer sozialen und politischen Revolution, zu führen. Die Folge davon ist, daß die Bewegung sich in zaghafter Weise in die Länge zieht, und man kann nicht zweifeln, daß sie enden wird, wie so manche andere Bewegung, die auf falscher Grundlage beruht, und ihre einzige Folge wird die sein, daß die allgemeine Aufmerksamkeit auf die soziale Lage gelenkt und so eine radikalere und daher auch mehr revolutionäre Erhebung vorbereitet wird.

So gut wie Irland besitzt aber auch England eine Grund- und Bodenfrage. Aber auch hier wie dort ist Alles, was man anstrebt, ein Kompromiß. Auch die englische Bewegung beruht auf keinen richtigen Prinzipien, denn ihr Endziel ist eine bloße Modifikation der bestehenden Uebel, nicht ihre Beseitigung. In der That scheinen die Führer der englischen Bewegung ganz unfähig zu sein, das einzige Prinzip zu begreifen, nach dem die Landfrage gelöst werden kann: die Nationalisation.\*\*) Gleich allen andern Bewegungen in England, mögen sie nun politischer oder sozialer Natur sein, ist alles, worauf man hinzielt, eine bloße Modifikation — und noch dazu eine unbedeutende — der grauenhaften Uebel, welche das englische Volk seit Generationen heimjuchen. Ich kann keinen besseren Beweis dafür beibringen, als einen Bericht über die Versammlung betreffs der Landreform, gehalten am 9. Februar zu St. James Hall in London. Der Präsidentenstuhl war von Herrn Ch. Bradlaugh, dem revolutionären „Bilderstürmer“ früherer Jahre, eingenommen, und eine beträchtliche Zahl von Vereinen war durch Delegirte vertreten; auch hatte sich ein zahlreiches Publikum eingefunden. Nachdem eine Reihe von Schriftstücken verlesen worden, die sich mehr oder weniger auf das Thema bezogen, legte der Präsident eine Reihe von zehn Anträgen vor, die von der Versammlung als Ganzes entweder angenommen oder verworfen werden sollten. Das Eine wie das Andere war unbillig. Aber der Präsident, welcher Hoffe, die nächsten allgemeinen Wahlen würden ihn wieder in's Parlament bringen †), fürchtete, die Landreform-Bewegung könne zu einer auf Verstaatlichung des Grund und Bodens hinauslaufenden sich gestalten und er würde dann im Hause der Gemeinen als ein „revolutionärer Enthusiast“ ausgezifft. Aber warum fürchtete sich der einft so ungestüme Bilderstürmer in dieser Angelegenheit?

\*) Nach uns die Sintfluth.  
\*\*) Lernt, ihr seid gewarnt.  
\*\*\*) Das heißt Ueberführung des Grund und Bodens aus dem Privat-Eigenthum in das Eigenthum der Nation, d. h. der Allgemeinheit.  
†) Ist mittlerweile bereits geschehen. D. R.



Und warum fürchtet er sich überhaupt? Ist ein Prinzip gerecht, warum soll man sich fürchten, es zu verteidigen, und wäre es auch im Hause der Gemeinen? Und warum fürchtet man sich, allein bei solcher Verteidigung dazustehen? Warum zittert man davor, in einer gerechten Sache ausgezweifelt zu werden?

Doch der Präsident verdammt Alles, was in Beziehung auf die Bewegung einen revolutionären Charakter trägt — alles Revolutionäre sei unpraktisch. Auch mehrere der anwesenden Delegirten widersetzten sich allen Vorschlägen revolutionärer Natur. Trotz dieser Erklärung des Vorsitzenden und seiner Anhänger in der Versammlung fanden sich einige wenige, die es wagten, zu den zehn Vorschlägen ein Amendement zu beantragen, welches sich zu Gunsten des Ueberganges von Grund und Boden, Minen &c. in das Eigenthum der Nation aussprach. Das war für den Präsidenten zu viel. Er machte die Antragsteller darauf aufmerksam, daß sie bloß „zwei kleine sozialistische Vereine repräsentirten“. Das war reiner Hohn, denn viele der Anwesenden, welche an den Verhandlungen Theil nahmen, waren bloße Gäste, die nicht den kleinsten Verein vertraten. Aber auch die große Mitarbeiterin des Vorsitzenden verurtheilte das Amendement. Wir sprechen nämlich von Mrs. Besant, welche bei vielen für sehr vorgehritten in den politischen Wissenschaften und sehr revolutionär in Bezug auf die bestehenden Einrichtungen gilt. Dennoch verurtheilte sie die Antragsteller, indem sie erklärte, das Land könne in Volkseigenthum nur verwandelt werden durch Kauf oder Konfiskation. Als ob eine Zurücknahme des Grund und Bodens durch die Nation im Namen und zum Besten des gesammten Volkes eine Konfiskation wäre!

Allein die Majorität der Anwesenden schien in dem Wahne befangen, das Parlament werde gewissen Abänderungen der bestehenden Gesetze zustimmen. Wir aber glauben, daß das Parlament, so lange es in seiner jetzigen Zusammensetzung besteht, nie das Monopol des Bodenbesitzes aufgeben wird. Selbst im Unterhause verfügt die Landaristokratie über eine ansehnliche Anzahl von Stimmen. Noch schlimmer aber stehen die Dinge im Hause der Lords. In diesem Hause der Unverbesserlichen (incorruptibles), wie man es genannt hat, sitzen 81, deren jeder ein Besitzthum von 1000—5000 Acres\*) hat; 72 von 5—10,000 Acres; 55 von 10—15,000; 34 von 15—20,000; 45 von 20—30,000; 23 von 30—40,000; 5 von 40—50,000; 9 von 50—60,000; 14 von 60—70,000; je einer besitzen 78,000, 87,000, 108,000, 138,000, 191,000, ja einer sogar 609,263 Acres (!). So haben wir im Oberhause 934 Männer mit einem Gesamtbesitz von 5,831,263 Acres, die sie als ihr Privat-Eigenthum in Anspruch nehmen. Nehmen wir die Wahlberichte (Parliamentary returns), welche in den letzten vier Jahren veröffentlicht wurden, so finden wir als Grundbesitzer verzeichnet: 10,888 mit einem Besitz von 51,885,185 Acres; 2,184 mit 38,875,522; 421 mit 22,880,755 Acres; weiters 100 mit 3,852,000 Acres; sehen wir die schottischen Wahlberichte an, so finden wir, daß 6 Männer 2,794,317 Acres besitzen mit einer jährlichen Rente von 446,635 Pf. St.\*\*). Wir haben ferner 955, die ein jährliches Einkommen von 17,899,331 genießen, b. h. so viel als 351,986 Arbeiter verdienen, bei einem Wochenlohn von 1 Pf. St. Und noch gibt es Leute, welche die Befürwortung revolutionärer Maßregeln zitternd und bebend zurückweisen!

Wir wollen nun einen allgemeinen Ueberblick der Landfrage, wie sie jetzt in England steht, geben. In Folge der normannischen Eroberung nahm Wilhelm von der Normandie den ganzen Grund und Boden des Königreichs in Besitz. Dabei behielt er für sich selbst 1,422 Ritterlehen und außerdem noch weite Strecken unbebauten Landes. Seinem Neffen gab er die ganze Grafschaft Chester; dem Carl von Montique gab er 973 Güter, dem Carl von Moreton 793. Der Bischof von Bayeux erhielt 439; und der Carl de Wam 294 Güter. Das ganze Land theilte er in 700 große Baronien und 60,215 Ritterlehen, jedes von 680 bis 800 Acres. Der Richter Blackstone, der große englische Kommentator der Landesgesetze, sagt in seinem Kapitel über die englischen Lehnverhältnisse (English Tenures): In Folge dieser Veränderung wurde es ein Grundgesetz und nothwendiges Prinzip, obgleich in Wirklichkeit, auf unsere englischen Lehnverhältnisse angewendet, nur eine Fiktion, daß der König der einzige urprüng-

\*) 1 Acre = 30.49 Acre oder = 1.58 preussische Morgen. D. Ueberf.

\*\*) Ein Pfund Sterling = 25 Franken oder 20 Mark. Es zerfällt in 20 Schilling = 1 Fr. 22 Cts. oder 1 Mk., der Schilling in 12 Pence oder Deniers. D. Ueberf.

## Feuilleton.

### Am Sarge eines Cäsars.

Ein Brief „aus Heuchelland“.

Von Heinrich Fim.

(Fortsetzung.)

Indeß, das französische Proletariat der Städte ist zum Unglück für diese Republik doch nicht mehr ganz so das ewige Kind, als welches die Klugen das Volk zu behandeln gewohnt sind. Es sah und sieht immer mehr ein, daß man ihm den Namen statt der Sache gegeben, immer ungestümer verlangt es zu der Form auch noch den lebendigen Inhalt, eine echte, wirkliche Republik statt dieser Republik zum Lachen. Denn das Volk, es versteht unter der Republik etwas anderes, als die vornehmen Satten, — nämlich vor allem ordentliche Ernährung, genügende Beschäftigung, Bildung, kurz Wohlfahrt für Alle. Je ungestümer aber von unten auf vorwärts gedrängt wird, desto schwächer wird es den Herren da oben bei ihrem „Versuch“, den sie ohnehin nur widerstrebend unternommen, nur als Interregnum, um Zeit zu gewinnen für die Rückkehr zur guten alten „Ordnung“.

So muß es, glaube ich, früher oder später zu einer Klärung des jetzigen Durcheinander, zu einer Sonderung in ein Häben und Drüben kommen, in die beiden feindlichen Lager, die einander bekämpfen, so lange es überhaupt eine Menschengeschichte gegeben hat — nämlich Herrschende und Beherrschte, Ausbeutende und Ausgebeutete, Genießende und Schaffende. Und jene Ciertänzer vom Schlage Gambetta's, die unter dem weiten und bequemen Mantel ihrer „Republik“ unverständliche Gegensätze zu vereinen, mit ihren tönenden Phrasen dem Riesenkampf Halt gebieten zu können glaubten, den allein die Verschmelzung der beiden Parteien beenden kann — sie werden mit ihrem „Versuch“ kläglich Fiasko

liche Besitzer des gesammten Grund und Bodens in seinem Reiche sei, und daß Niemand einen Theil desselben besitze oder besitzen könne, sondern Alles, was einer innehat, sei mittelbar oder unmittelbar von einer Verleihung des Königs abzuleiten nach den Grundgesetzen des feudalen Lehnsystems. D diesem System blieben die großen Güter des Königreichs bis zum Jahre 1672 unterworfen, in welchem das Parlament, bestehend aus Landbesitzern, alle feudalen Lasten abschaffte und die Landbesitzer zu Landeigentümern machte, indem es zugleich das Volk, das in dieser Angelegenheit keine Stimme hatte, in ausgiebigem Maße mit Steuern belastete, um die Staatsbedürfnisse zu decken.

Aber bald wurde es sogar den durch Parlamentsakte zu Landeigentümern gemachten Herren klar, daß die aufgelegten Verbrauchssteuern allein nicht ausreichten, den Bedürfnissen der Regierung zu genügen. 1689/90 wurden drei außerordentliche Steuern bewilligt von 4 Sch. per 1 Pf. St. der Bruttoeinnahme des Grundbesitzes im Reiche; sie trug 2,018,704 Pf. St. 1692 wurde eine Akte zur Besteuerung aller Grundbesitzer erlassen, „nach der Tare von 4 Sch. per 1 Pf. St. jährlichen Einkommens, welches derselbe herbeibringe oder seinem Werthe nach hervorbringen könne zur Zeit, da die Steuer auferlegt werde“. 1697 betrug die Steuer 1,484,015 Pf. St. 15 Sch. 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Pence bei einem Steuerfuß von 3 Sch. per Pf. St. Aber das war nicht genügend, und für 1698 wurde die Grundsteuer wieder auf 2,037,627 Pf. St. erhöht, oder 4 Sch. per Pf. St. Dieß war die gesetzliche Lage des Grundbesitzes, in welcher er verblieb.

Aber, nachdem sie sich selbst zu Grundeigentümern gemacht, indem sie alle feudalen Dienste abschafften; nachdem sie durch Parlamentsakte beschlossen hatten, eine Steuer von 4 Sch. per Pf. St. des Bruttoertrages der Grundrente zu zahlen, sind wir zur Frage berechtigt: sind sie dieser Verbindung ihrer gesetzlich geschaffenen Lage auch nachgekommen? Sicherlich nicht. Von 1692—1770 hätten sie der Schatzkammer 546,000,000 Pf. St. zahlen sollen und von 1771—1842 936,000,000 Pf. St., zusammen also 1,482,000,000 Pf. St. Was haben sie aber in Wirklichkeit gezahlt? Bloß 320,000,000 Pf. St., so daß sie dem Staate noch 1,162,000,000 Pf. St. schulden. Ferner betrug ihre Zahlungspflicht von 1843—1876 988,256,814 Pf. St., die geleistete Zahlung aber bloß 35,381,610 Pf. St. Diese neue Schuld beträgt also 952,875,204 Pf. St. Dieß ergibt mit der früheren Schuld zusammen das hübsche Sümmdchen 2,114,865,204 Pf. St. Nehmen wir endlich das letzte Jahr, für welches man die Berechnung aufstellen kann, so finden wir, daß bloß 1,072,170 Pf. St. gezahlt worden sind, anstatt 36,695,790 Pf. St., so daß ein unbezahlter Rest von 35,623,620 Pf. St. verblieb. Der Steuerfuß ist nämlich so weit gesunken, daß er für das Vereinigte Königreich statt 4 Sch. per Pf. St. weniger denn 2 Pence per Pf. St. beträgt.

Die großen Landbesitzer sind nicht zufrieden damit, sich durch das Gesetz zu Landeigentümern gemacht zu haben; sie sind nicht zufrieden damit, das Gesetz verachtet zu haben, indem sie die Tare von 4 Sch. per Pf. St. nicht zahlten; sie erlaubten sich auch Eingriffe in die Volkrechte, oder vielmehr in das Gemeinland, das bis dahin noch dem Volke gelassen war. Wir finden, daß von 1760—1835 nicht weniger als 3,742 Parlamentsakte erlassen wurden, durch welche 6,840,540 Acres in Besitz genommen und in Privateigenthum umgewandelt (enclosed) wurden. Bis 1876 aber hat man mehr denn 800,000 Acres zu Privateigenthum gemacht, und noch immer nimmt das Werk der Verräuberung des Volkes durch Parlamentsakte seinen Fortgang.

(Schluß folgt.)

## Sozialpolitische Rundschau.

### Schweiz.

\* Die dunkle Angelegenheit der Ausweisung Krapotkin's hat doch noch eine Wendung zum Bessern genommen. Die lebhafteste Gegenbewegung der über die Verletzung des Asylrechtes empörten Genfer Bevölkerung hat dahin geführt, daß der Justiz- und Polizeidirektor Ador erklärt, er würde Krapotkin den ferneren Aufenthalt in Genf gestatten, sofern zwei niedergelassene und als ehrenwerth bekannte Personen in Genf die Rechtheit seiner Person

machen und das Schicksal aller Hälblinge erfahren: aus beiden Lagern davongejagt und verwünscht zu werden. Da aber ein bleibender Sieg der Partei der Schaffenden leider noch wenig wahrscheinlich ist, so werden auch diesmal die „Ordentlichen“ schließlich triumphiren (?) und erleichterten Herzens unter den Schutz des angebeteten Säbels zurückkehren. Und derjenige, der dann just bei der Hand sein wird, dem wird die Herrschaft zu fallen (?), nenne er sich nun Kaiser, König, Diktator oder Gensdarm. Wenn er nur brav versteht, die Flinten schießen und den Säbel hauen zu lassen! Auf wie lange ihm die Herrschaft gefällt, das ist allerdings eine andere Frage.

Man nehme zu diesen allgemeinen sozialen Gegensätzen — um nicht zu sagen Unmöglichkeiten — die persönliche, rasch wachsende Korruption der herrschenden Klasse, die Stellenjägererei, das unverdächtige Protektionstreiben, die Künstlichkeit, den Vörsenschafter selbst der höchsten Beamten, die ekelhaften Valgereien und Zänkereien in der sogenannten Volksvertretung (mit Respekt zu melden); ferner die freche Willkür, mit welcher jede andere Meinung unterdrückt wird — die wahrhaft demokratische Presse hat heute mindestens nicht weniger auszuhalten, als unter dem Bas-Empire. — endlich das Privatleben dieser Herren Republikaner, welchen die Ansicht des sonst von ihnen so vielgeschätzten Robespierre durchaus nicht einleuchten will: «Il faut de la vertu pour être républicain», „man bedarf der Tugend, um Republikaner zu sein“. Gambetta, der einstige Hungerleider des quartier latin (des Studentenviertels) hält lukullische Prassereien, miethet reichen Herzögen ihre Köche aus u. s. w. Und das angeführte der allgemeinen Misere, des raschen Wachstums der Verbrechen! Schon schreit ihm, wenn er in seiner prächtigen Karosse daherkommt, das Pariser Volk sein weltgeschichtliches: «A das les aristos!», „Nieder mit den Aristokraten!“ nach. Und von solchen Gambetta's und Gambettachen wimmelt Frankreich heute. Die ehrlichen Reaktionäre, die den „Versuch“ nicht mitmachen wollten, also die Monarchisten, wissen all das

bezeugten. Es ist das nichts anderes als eine verhäßte Zurücknahme des Ausweisungsurtheils, welche freilich den vorschneellen Genfer Polizeigewaltigen, dessen Schuld es wahrlich nicht ist, wenn seine Macht seinem guten Willen nicht entspricht, nicht gänzlich entlastet, noch die Nothwendigkeit der Sicherstellung des Asylrechtes durch gesetzliche Bürgschaften vermindert, welche aber doch im Vergleich zu ähnlichen Fällen ein verhältnißmäßig befriedigendes Bild gibt.

### Deutschland.

\* Der edle Reichstag hat im Lauf der letzten Woche über die zwei wichtigsten Vorlagen der Session, das Militärgesetz und die Sozialistenvorlage, beraten, und zwar wurde die Verathung über das erstere zu Ende geführt, während die über die letztere begonnen hat. Ueber die Militärgesetzdebatte ist wenig zu sagen; das Schicksal derselben war von allem Anfang an im Sinn der Regierung entschieden und so gab man sich kaum mehr die Mühe, Gründe dafür und dagegen ins Feld zu führen. Wozu auch Gründe? Der einzige Grund, der im neuen Deutschland Werth hat, ist die Macht, und dies überzeugende Argument sprach für das Gesetz, das denn auch schließlich mit bedeutender Mehrheit angenommen wurde. Mit Recht kann ein französisches Blatt höhnen: „Die Servilität des deutschen Reichstages findet in der neuen Geschichte nicht ihres Gleichen außer der Unterthänigkeit der französischen Kammern unter dem zweiten Kaiserreich. Nur mit Mühe brachte das Militärgesetz etwas einer Diskussion Ähnliches hervor. Der Reichstag beugte sich in allen Punkten.“ Nun, wofür wäre er denn sonst da? — Ueber die zweite Verathung der Sozialistenvorlage müssen wir uns heute nur auf einige wenige Angaben beschränken, da durch einen widrigen Zufall (?) bis jetzt weder unser Reichstagsbericht noch der stenographische Bericht in unsere Hände gelangt ist, und wir sonach lediglich auf die gegnerische Presse angewiesen sind. Gleich zu Beginn der Verathung wurde gegen die sozialdemokratische Fraktion eine standlose Vergewaltigung verübt. Unsere Genossen brachten nämlich gegen eine Reihe von Paragraphen des Sozialistengesetzes Anträge ein. Statt dieselben nun, der Geschäftsordnung gemäß, gefondert bei den betreffenden Paragraphen zur Debatte zu bringen, wobei jeder Antragsteller hätte das Wort erhalten müssen, beschloß der Reichstag zum Zweck der möglichsten Mundtodtmachung der Sozialisten, sämtliche Anträge zusammen zur Debatte zu stellen. Und als Bebel hiergegen empört protestirte und den Reichstägleren zurief: „Ihr Gefähr für Gleichberechtigung ist abgestumpft“, ertheilte ihm der unparteiische Präsident einen „Ordnungsruf“. In der Diskussion über die Anträge der Sozialdemokraten sprachen dann unsere Genossen Wiemer, Hasenklöver, Friehse, Bebel, Kayser und Kuer über die durch das Sozialistengesetz und seine Folgen eingetretene vollkommene Rechlosigkeit der Sozialdemokraten. Die beredtesten Worte verließ die Erbitterung Bebel: „Wenn man dem Menschen die einfachsten bürgerlichen Rechte nimmt, so wird er mit Erbitterung erfüllt; die Unterdrückten ziehen sich verbittert aus dem öffentlichen Leben zurück, und es greift die Meinung um sich: Nur die Gewalt kann helfen. Wir treiben einer Katastrophe entgegen und wenn die jetzigen Zustände anhalten, dann dürfte etwas passiren, was die Welt thatsächlich noch nicht gesehen hat, und die herrschenden Klassen dürften unter der Macht des erbitterten Proletariats schlecht wegkommen! Wenn Sie heute nicht hören wollen, so werden Sie dann fühlen müssen!“ — Die Verblendeten wollen aber nicht hören und war die sonstige Verathung eine so bedeutungslose, als ob es sich um das Gleichgültigste von der Welt handelte. Aber nur ein wenig Geduld, die Sache wird den Herren schon noch ernster vorkommen!

— Eine vortreffliche Illustration hat das angeblich unangestastete Wahlrecht unter dem Ausnahmegesetz in Hamburg erfahren. Die dortige Polizei hat nämlich die sozialdemokratische Agitation unter dem Namen einer „sozialistischen Verbindung“, welche sich in Hamburg neuerdings gebildet hat, um die Wahl des Wirthes Hartmann für den 2. hamburgischen Reichstagswahlkreis zu befördern“, auf Grund des Sozialistengesetzes verboten, die bloße Aufforderung zur Einsichtnahme der Wählerlisten beschlagahmt und das sozialistische Wahlskizzen (Praast, Odelmann, Schöning, Hermann, Vater, Jagim und Künzler) unter dem Vorwand unerlaubter

natürlich geschickt auszubenten. Spottend weisen sie auf diese Volkstribunen hin, die sich so erstaunlich rasch in die Rollen der einst mit unendlich viel sittlichem Abscheu bekämpften Despoten hineinzuweihen wußten, die so gut „in den Stiefeln des Kaiserreichs“ einherzuschreiten verstehen, wie ihnen der edle Cassagnac einmal höhnlisch zurief.

Man nehme das alles zusammen, sage ich, und beantworte sich dann selbst die Frage, ob eine solche Republik Bestand haben kann. Von den herrschenden Klassen mit Ministern und Ministern willens angesehen, vom Volke aber ob ihrer Verlogenheit immer mehr verachtet, wo soll sie auf die Dauer Halt und Bestand finden? Niemand will der Vater dieses Vastards sein. Jeder wirkliche Republikaner aber wird dieser Republik wahrhaftig keine Thräne nachzuweinen brauchen, im Gegentheil sich freuen, wenn der schändliche Mißbrauch des göttlichen Namens ein Ende hat. Und diese Stellenjäger- und Börsenspieler-Republik, sie wird ihre weltgeschichtliche Aufgabe mehr als erfüllt haben, wenn das französische Volk und mit ihm die anderen Völker die große Lehre aus ihr ziehen, wie blutwenig damit erreicht ist, den einen Despoten davonzujagen, wenn man andere gleich dafür einsetzt, daß das nur heißt die alte Kette einem Andern zum Halten zu geben, daß die lautesten Freiheitsschreier hinter her, sobald sie erst zur Macht gelangt sind, die nichtswürdigsten Tyrannen werden, als echte Vardenü's zehnmal schlimmer und plumper, wie die Despoten von Geburt — und daß nur in der unumkehrbarsten Selbstregierung und Selbstverwaltung, wie sie allerdings allein die Kommune der Zukunft zu bieten vermag, wahre Freiheit, wahres Wohlergehen für uns zu finden sind.

(Schluß folgt.)



Sammlungen verhaftet! Dieser unerhörte Gewaltstreich hat denn doch selbst einen Theil der gegnerischen Presse zur Mißbilligung gezwungen; übrigens gesteht selbst die letztere, daß das angeblich auf einen „arten Wink“ von Berlin her zurückzuführen Vorgehen der Polizei den Sozialisten bei der Bevölkerung nur genügt hat, da die Empörung über eine solche Unterdrückung allgemein ist. Die Verhafteten wurden mittlerweile wieder freigelassen, ihnen aber bedeutet, daß ihre vereinte Thätigkeit nicht gebuldet werden könne! Freie Wahl! — Auch im nahen Ottersen sind acht Sozialisten verhaftet worden; sie sollen zu einer gemeinschaftlichen Kasse beigezweigt und diese zu Parteizwecken verwendet haben, während es sich lediglich um eine sogenannte Vergnügungskasse handeln soll.

Der Byzantinismus hat in Deutschland — ein sicheres Zeichen hochgradiger Fäulnis — bereits einen Grad erreicht, wo eine wesentliche Steigerung nicht mehr gut möglich ist, will man nicht zur Verehrung der Excremente des Dalai Lama kommen. Welche Worte der ungemessenen Bewunderung und Anbetung dem „größten Mann des Jahrhunderts“, dem „Herakles der Neuzeit“ u. s. w. schon alle gewidmet worden sind, ist gar nicht aufzuzählen. So Großartiges aber auch in dieser Richtung schon geleistet worden ist, so sind doch ein paar neue Leistungen deutscher „liberaler“ Blätter erwähnenswert. Zum jüngsten Geburtstag Bismarcks schrieb die „Nationalzeitung“: „Die Schatten, die als menschliches Loos mit den Werken des Größten wie des Mindesten untrennbar verbunden sind, weichen zurück vor der Leuchtkraft untrennbarer Taten.“ Die „Magdeb. Zeitg.“ aber übertraf ihre Berliner Kollegin noch um ein Ansehnliches, indem sie vom Reichskanzler rühmte, daß er „mit den Augen eines Geiers und der Sicherheit eines Nachtwandlers sein Ziel verfolgte.“ Angesichts solcher, dem Hausmeier gestreuten Rauchopfer kann man natürlich auch den alten Merowinger nicht ganz leer ausgehen lassen. Die „Volkswirtschaftl. Korresp.“ benützt die einfache Gelegenheit, daß der deutsche Kaiser gelegentlich seines Geburtstages den Generälen gegenüber die alte, den Fürsten geläufige und von ihnen schon tausendmal Lügen gestrafte Phrase: daß er die Erhaltung des Friedens hoffe, — um in unübertroffener Lobredelkunst einen spaltenlangen Panegyricus auf König und Königthum loszulassen. „Die ein Phöbus Apollo“ — besingt die Korrespondenz das simple „Hoffnungswort“ Wilhelms — „zeigt sich die glänzende und milde Gestalt unseres Kaisers im Sonnenwagen weithin leuchtender Friedensverhandlungen. Und wie die Erde aufstaut, wenn Helios seine Strahlen ausstend, so thauen die eingefrorenen Friedenshoffnungen der Völker auf, neues Leben und neue Freuden spendend (??).“ Solche wahrhaft königliche Taten und Angstbefreiungen empfehlen das Königthum wirklicher und widerlegen die republikanische Propaganda mächtiger, als es die geistvollsten theoretischen Abhandlungen zu thun vermöchten. Die große Masse der Menschen empfindet das Königthum in seiner geheimnißvollen Macht immer nur unter den überwältigenden Eindrücken großer, königlicher Taten. . . . Noch heute schmachtet die Volkspantastik nach übermenschlichen Taten seiner Könige. . . . Zwei Kaiser waren es, welche sich dieses Erlösungsbedürfnisses annahmen und den Verdächten des Königthums wieder einmal in leuchtender Gestalt die uralte, aber auch heute noch nicht veraltete Mission des Königthums vor das zweifelnde, unnachtete Auge führten. Beide Kaiser haben solche übermenschliche Taten, welche man in vorhistorischen Zeiten den Halbgöttern zuschreiben pflegte, nicht zum ersten Male in ihrem glorieichen Leben verrichtet, und wahrscheinlich auch nicht zum letzten Male. Kaiser Alexander (der „milde“ Zar!) glänzt in der Geschichte als der Halbgott, welcher die Leibeigenschaft abschaffte, und Kaiser Wilhelm als der Halbgott, der das neue Deutschland begründete.“ — Geier, Nachtwandler, Phöbus, übermenschlich, Halbgott — man sieht, daß von allem, nur von keinem vernünftigen Menschen die Rede ist. Und das mit Fug und Recht; denn man kann die Taten von Gewaltthürmern gleichwie die ganze Institution des Gewaltthürmerthums göttlich oder diabolisch finden — Menschliches wird man wenig in ihnen entdecken. Die zum Bewußtsein ihrer Menschenwürde gelangten Menschen von heute aber wollen ihre Geschichte nur von gleichberechtigten Menschen mitbestimmen lassen; Götter gibt es für sie keine mehr, Bestien aber müssen, wenn sie sich über die Menschen erheben und ihnen zur Last fallen, gebändigt, wenn sie gefährlich werden, aus dem Weg geschafft werden. . . .

Moderne Landsknechte. Bei dem am 14. April stattgehabten Jubiläumssfest des preussischen Biethen'schen Husaren-Regiments, das natürlich „durch die Anwesenheit allerhöchster Gäste geehrt wurde“, leistete sich der Regimentskommandeur — von Kosenberg heißt der Mann — einen Prolog, der für die in jenen Kreisen des „höheren Ehrgefühls“ herrschende Gesinnung überaus bezeichnend ist. Nachdem der Herr Oberstlieutenant nämlich ausgerufen hat:

„Ein Biethen'scher Husar gibt viel zu wenig, Der für den König nur das Leben läßt!“ — wahrscheinlich muß er für den König noch einen extra feierlichen Tod sterben, sich extra tödern, braten oder todterzerzieren lassen — fährt er fort:

„Die Schwertter stecken in der Scheide, Es gibt nirgends etwas dreinzuhau'n, Drum müßten wir zu unserm großen Leide Den Kampfplatz in der Reitbahn bau'n.“

D, daß es doch bald etwas dreinzuhauen gäbe; was, ist ganz egal! Ob Russen, Franzosen, Oesterreicher oder auch deutsche Sozialisten — vollständig gleichgültig. Wenn nur die armen Offiziere des Biethen'schen Husaren-Regiments nicht „zu ihrem großen Leide“, den Kampfplatz in der Reitbahn bau'n“ müssen! Wui der Schande! Und nicht Einer von der hohen gottesfürchtigen Gesellschaft, die zugegen war, stand auf und ging empört hinaus. Ja, — wie hieß es doch? „Die Religion, sie muß dem Volk erhalten werden!“

Ein Kaiserwort. Auf dem oben genannten Feste hat es auch an dem üblichen „Kaiserwort“ nicht gefehlt. In höchster, unterthänigst ersterbender Begeisterung theilt es der Berichtserstatter der „V. B.-Ztg.“ mit: „Ich aber kann diese Skizze nicht schließen, ohne eines echten Kaiserwortes zu gedenken, das nicht nur das Biethen-Husaren-Regiment ehrt, sondern auch beherzigenswerth für unser öffentliches und privates Leben ist, das Wort, das er bei seinem Abschied von

Kaisernow zu einem der Festkomiteemitglieder sprach und das da lautet: „Ja, wenn Mann und Pferd gehorsam sind, geht's gut in den Feind hinein!“ Allerdings sehr beherzigenswerth für unser öffentliches und privates Leben, dieses Kaiserwort! Dreimal beglücktes Land, das einen so weisen Re—porter besitzt.

— In einem großen Theil der Presse und zwar bezeichnender Weise gerade in demjenigen, welcher erst kürzlich zu berichten wußte, daß an Brack's Krankheit „in Braunschweig kein Mensch glaube“, wurde neulich das Gerücht vom Tode unseres Genossen Brack verbreitet und verschiedene Blätter brachten lange Nekrologe. Die Nachricht war jedoch glücklicherweise falsch; denn Brack ist allerdings seit 14 Tagen aus neue erkrankt, doch ist zu hoffen, daß er die Krankheit überwinden wird, und ist in der That bereits eine erfreuliche Besserung eingetreten. Bei den Urhebern jenes Gerüchtes mag wohl der Wunsch der Vater des Gedankens sein. Wir wünschen von Herzen, daß das Sprüchlein, welches den Todgesagten gerade recht langes Leben verheißt, sich auch bei unserem verdienten Genossen bewähre!

— Im Lauf der vorletzten Woche wurde unserm unvergeßlichen Genossen August Weib in Hamburg aus dem hiesig seit langem gesammelten Fonds ein bezeichnendes Grabdenkmal errichtet. Dasselbe wurde am vorletzten Sonntag enthüllt, zu welcher Feierlichkeit eine große Anzahl Genossen erschienen waren und Grab und Denkmal mit reichen Blumen- und Kränzchen bedeckten.

Berlin, 16. April. Die Wahl ist vorüber und sie ist nicht günstig für die Sozialdemokratie ausgefallen. Freilich haben auch die anderen Parteien eine wesentliche Einbuße an Stimmen erlitten und zwar weil die Wahlbetheiligung im Ganzen eine äußerst geringe war; es ist aber unbestreitbar, daß unsere Partei mit am meisten eingebüßt hat. Während die Fortschrittspartei von 15731 auf 8150, die Konservativen von 5036 auf 3725 Stimmen sank, sank die Sozialdemokratie von 7533 auf 1852. „Der Belagerungsstand hat seine Schuldigkeit gethan“ — so ruft triumphierend die erzinnsame „liberale“ hiesige „Tribüne“ aus, und wer will bezweifeln, daß die Wahlergebnisse, die der Belagerungsstand schon über unsere Genossen brachte und weiter bringen wird, die Ursache dieses „Rückgangs“ sind? Wenn das Damoclesschwert der Ausweisung und der Existenzerziehung über Jeden hängt, der sozialdemokratische Flugblätter zu verbreiten wagt; wenn Tage lang vor der Wahl, sobald die Polizei merkte, daß Flugblätter verbreitet werden sollten, massenhaft Hausdurchsuchungen stattfanden und alles weggenommen wurde, was sich auf die Wahl bezog — nicht nur Flugblätter, sondern sogar Wahlzettel — so begreift es sich leicht, wenn die Zahl derer, die unter solchen Umständen offen den Kampf aufzunehmen wagten, nur eine geringe ist. Die Verbreitung der Flugblätter wurde auch dadurch zum größten Theil unmöglich gemacht, daß durch die Ungeschicklichkeit einzelner Genossen diese zu frühzeitig in die Hände der Polizei fielen, ehe die allgemeine Betherheiligung stattfand, und nun die Polizei die Möglichkeit besaß, die Flugblätter auf Grund des Sozialistengesetzes zu verbieten. Dagegen war die Vertheilung der Stimmzettel an den Wählern gut organisiert und wurde prompt besorgt; aber diese konnte den Mangel einer direkten Auforderung zur Betherheiligung an der Wahl, wie sie durch die massenhafte Verbreitung der Flugblätter geschehen sollte und konnte, nicht ausgleichen und so blieben Tausende der Stimmurne fern. — Es ist ferner nicht zu bestreiten, daß ein Theil Derjenigen, die der Wählurne fern blieben, prinzipiell der Wahl sich enthalten haben, weil sie der Ansicht sind, daß unter einem System, wie es jetzt in Berlin herrscht, unmöglich etwas zu erreichen sei. Wenn hiermit sich die Wahlenthaltung und geringe Stimmzahl der Sozialdemokratie erklärt, so erklärt sich damit aber nicht die geringe Wahlbetheiligung der anderen Parteien. Die nationalliberalen Blätter sind zwar rasch mit dem Urtheil fertig, indem sie behaupten, die Person des fortschrittlichen Kandidaten — Prof. Virchow — trage die Schuld, indem diese Kandidatur den mehr nach rechts stehenden Wählern Rangels eines geeigneten Kandidaten abgehalten habe, an der Wählurne zu erscheinen. Allein dieser Grund ist falsch. Die konservative Partei hatte ihren Kandidaten und sie hat sehr eifrig dafür agitirt, und die „National-Ztg.“ hat sogar in letzter Stunde ihre Gesinnungsgenossen aufgefordert, für den konservativen Kandidaten zu stimmen. Ebenso hat es die Fortschrittspartei an Agitation nicht fehlen lassen und ihr Kandidat war unweifelhaft die populärste Persönlichkeit, welche sie aufbringen konnte. Wenn dennoch der Liebe Mühe nicht besser belohnt wurde, so ist der Grund für diese Erscheinung tiefer zu suchen. Es ist die allgemeine zunehmende Hoffnungslosigkeit, daß auf dem parlamentarischen Wege noch eine Besserung unserer traurigen Zustände möglich sei, welche in dieser schwachen Betherheiligung sich ausdrückt. Man sieht, daß trotz unserer Ueberfülle an Parlamentarismus und unserer massenhaften Gesetzesfabrikation die Zustände immer schlechter werden und man fängt an, in allen Parteien sich zu fragen, wozu der heutige Parlamentarismus noch nütze ist, wenn er absolut nichts zu verbessern vermag. Naturgemäß mußte diese Stimmung der Sozialdemokratie zu Gute kommen und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß dies geschieht. Wenn inebst diese Stimmung sich nicht in der Stimmzahl für den sozialdemokratischen Kandidaten ausdrückt, so ist das ebenfalls ganz natürlich; die Träger dieser Stimmung sagen sich: wozu Einen noch weiter wählen, da dieser Eine doch auch nichts ändern kann. Man mag diese Stimmung für falsch erklären, man mag sie verurtheilen; allein damit ist nichts geändert, sie ist vorhanden und man muß mit ihr rechnen. In den herrschenden Kreisen freut man sich, daß diese politische Indifferenz des Regieren erleichtert, allein diese Frage dürfte eines Tages sehr in das Gegenheil umschlagen. Die heutigen Regierungen müssen mit dem Parlamentarismus regieren, weil sie ohne ihn nicht existiren können, denn er erleichtert ihnen das Regieren. Die Regierungen und die herrschenden Klassen sind aber in ihrer Herrschaftstellung bedroht, sobald das Volk den Glauben an die Macht des Parlamentarismus verliert. Der Indifferentismus gegen das herrschende System entspringt dem Mangel an Glauben und Vertrauen in die Macht und den guten Willen der herrschenden Mächte; dieser Indifferentismus ist aber die erste Etage zum Revolutionarismus. Die fortwährenden (schlechten) Zustände reizen schließlich den Geduldsigen auf und es bedarf nur des äußeren Anstoßes, um diese aus Rißmuth und Vertrauensmangel zur Gleichgültigkeit zu überführen. Die fortwährenden (schlechten) Zustände reizen schließlich den Geduldsigen auf und es bedarf nur des äußeren Anstoßes, um diese aus Rißmuth und Vertrauensmangel zur Gleichgültigkeit zu überführen. Die fortwährenden (schlechten) Zustände reizen schließlich den Geduldsigen auf und es bedarf nur des äußeren Anstoßes, um diese aus Rißmuth und Vertrauensmangel zur Gleichgültigkeit zu überführen.

oo Crimmischan, 13. April. Im hiesigen Industriebezirk macht sich jetzt ein Aufschwung bemerkbar, aber nicht etwa im Streben der Arbeitelöhne, sondern in einer steifen Verlängerung der Arbeitszeit. Die Schinderei übersteigt alles Maß und die Ausbeutergesellschaft kann ihr Handwerk um so ungehörter treiben, als durch die Mundtodtmachung der Sozialdemokratie Niemand mehr da ist, der diese Schinderei öffentlich brandmarkt. Dieser trostlose Zustand der Dinge bringt zweierlei Strömungen hervor. Die Einen fühlen sich niedergedrückt und verzweifeln an sich und der Zukunft, die Andern sind erfüllt von Jozn und Grimm und sehen mit Ungeduld der Zeit entgegen, wo sie Abrechnung und Vergeltung üben können! Dem seine Verhältnisse es erlauben, der packt das Bündel und zieht über das große Wasser nach America. Auch in unserm Nachbarbezirk Gieshau-Neerane wandert aus, wer irgend kann. Die Weissen aber sind zu arm, um dies bewerkstelligen zu können, und sollte es sich bewahrheiten, was die Zeitungen berichten, nämlich, daß künftig jeder Erwachsene, der eine Auswanderungsbilanz verlangt, den Nachweis führen muß, daß er wenigstens 240 Mark und für jedes Kind 180—215 Mark besitzt, so wird es noch weit weniger möglich

werden, die Heimath und ihre entsetzlichen Zustände zu verlassen. Unsern Regierungen dürfte dies freilich wenig nützen, denn sie behalten die Unzufriedenheit im Lande, und jeder Unzufriedene schafft immer neue Unzufriedene. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wozin das schließlich führen wird und führen muß! Der allgemeine Wunsch ist nur, daß der Zeitpunkt recht bald heran komme, wo diesen nichtswürdigen Zuständen so oder so ein wohlverdientes Ende bereitet wird! — Um auf unsere lokalen Zustände hier zurückzukommen, theile ich mit, daß in Folge der herannahenden Leipziger Messe in einigen mechanischen Webereien von früh 6 Uhr bis Abends 8 Uhr gearbeitet wird, einzig mit Unterbrechung einer Stunde Mittag. Sonnabends wird häufig bis Nachts 12 Uhr gearbeitet, in manchen Fabriken auch Sonntag Vormittags! Auch die Kinderbeutehung steht bei uns in schönster Blüthe; Kinderblut verwandelt sich in den Taschen unserer Fabrikanten in rothes Gold. Möchten sie doch daran ersticken!

J? Zwickau, 14. April. Freitag den 9. und Sonnabend den 10. d. M. wurde seitens der Polizeibehörde bei allen Personen, welche derselben als Sozialdemokraten bekannt sind, abermals eine Hausdurchsuchung nach verbotenen Schriften vorgenommen. Es haben sich in Zwickau überhaupt die Leute, welche trotz allem der Bestimmung nicht ändern und ihrem sozialistischen Glaubensbekenntniß treu bleiben wollen, einer besonderen Aufmerksamkeit der Polizei zu erfreuen. Die diesmalige Ausföschung unterscheidet sich von der anderen nur dadurch, daß man jetzt auch zu Leuten, welche weit davon entfernt sind, Sozialdemokrat zu sein, gekommen ist, sowie daß man alles viel genauer und gründlicher als früher durchsucht hat. Freilich sind wir diese Dinge schon viel zu sehr gewohnt, um noch viel Aufhebens davon zu machen; aber daß die Frauen über derartigen Besuch nicht allemal gerade lauterlich erschreckt sind, läßt sich wohl leicht denken, denn wenn eine Hausfrau die Betten erst rein überzogen und die Wäsche frisch gewaschen in den Kasten gelegt hat, und es kommen dann auf einmal vier ungerufene Herren in die Wohnung, durchstöbern die Betten bis in das Innerste des Strohsacks hinein und reifen jedes Stück Wäsche auseinander, ob sich nicht irgendwo Dynamit oder „Sozialdemokrat“, Vossalle'sche Schriften, Petroleum und sonst etwas Staatsgefährliches, das dem starken „Reich“ sein kostbares Lebenslicht ausblasen könnte, findet, — so darf man es nicht verargen, wenn dadurch unter den Frauen eine wahre Erbitterung hervorgerufen wird, deren agitatorischer Werth nicht zu unterschätzen ist. Bemerkst sei nur noch, daß natürlich auch diesmal wiederum das traditionelle Nichts gefunden wurde. Ob die arme Polizei nicht bald ihre vergebliche Arbeit aufgeben wird?

Vom Thüringer Wald, 12. April. Wenn wir heute den Raum unseres Organes mit einigen Zeilen in Anspruch nehmen, geschieht es in der Voraussetzung, daß es die Genossen interessieren wird, zu hören, wie es um unsere Sachen auf den Bergen des Thüringer Waldes bestellt ist. Mit Freude können wir Ihnen versichern, daß die sich schon zu wiederholten Malen bewährte Standhaftigkeit der Genossen hiesiger Gegend trotz der Wucht des Ausnahmegesetzes und der Hungerpeitsche der Ausbeuter-Bourgeois nicht die geringste Einbuße erlitten, sondern sich gerade aus diesen Gründen zur Erbitterung der Ausbeuter-Löcher gestählt hat, und der Klassenkampf unverzagt fortgeführt wird. Wie in allen industriellen Gebirgsgegenden ist auch in den Hochthälern des Thüringer Waldes der Hunger der ständige Begleiter des Winters; die schamlose Ausbeutergesellschaft entblödet sich aber nicht, gestärkt durch diesen Bundesgenossen, die Löhne der Arbeiter auf ein Minimum herabzusetzen, das den Vätern unserer sächsischen Genossen im Ergebirge wohl wenig oder nichts nachgibt. Der ausschließliche Erwerbszweig ist die gesundheitsgefährliche Fabrikation der Kinderspielwaaren, und ist es besonders die Arbeiterbevölkerung der Stadt und des Kreises Sonneberg, die oft dem bittersten Mangel ausgeht. Für einen in die Verhältnisse nicht näher Eingeweihten ist es in der That unglücklich, daß eine 5—6 Köpfe starke Familie bei einem Wochenlohn von 10, höchstens 12 Mark zu existiren vermag. Und doch wäre bei uns Jeder froh, befähigt für diesen Lohn Beschäftigung zu haben, denn oft gibt's wochen- und monatelang keinen Schlag Arbeit. Daß unter derartigen Verhältnissen an einen Waffenstillstand mit dem Kapitalismus nicht gedacht wird, ist selbstverständlich; es wird müthig weiter gekämpft in der Ueberzeugung, daß die Stunde der Erlösung nicht mehr ferne sein kann.

Hpt. Constan, 15. April. Wenn die deutsche Reaktion so fortfährt, wird sie bald an der Lächerlichkeit zu Grunde gehen! Bergangenen Montag wurde daher ein auf der Messe feilhaltender Zuckerbäcker aus St. Gallen verhaftet, weil er seine Waffen und sonstigen Zuckerwaaren — in alte „Tagewacht“-Makulatur verpackt hatte! Dadurch sollte er sich des Verbrechens der Verbreitung verbotener Schriften schuldig gemacht haben! Aller vernünftigen Erklärung und des Hinweises auf den geschäftlichen Schaden, der ihm durch seine Wegführung inmitten der Messe entsetzt, ungeachtet, wurde der Mann den Tag und die Nacht im Gefängniß festgehalten und erst nächsten Tags gegen eine Bürgschaft von 1000 Mark vorläufig entlassen. Der staatsgefährliche Zuckerbäcker darf nun tagsüber, bekräftigt von drei Polizisten bewacht, auf der Messe seinen Verkaufsgeschäften nachgehen, während er die Nächte im Käfig zubringen muß. Infolge dieser gruslichen Geschichte ist nun in die ausländischen Pressebetrücker ein gewaltiger Schreck gefahren, und man sieht die Leute heimlich ihren ganzen Papiervorrath durchwühlen und alle Schweizerischen Zeitungen, selbst der reaktionärsten Sorte, ängstlich ausmustern und entfernen, um nicht ähnlichen Annehmlichkeiten, wie jener St. Galler Lebensverfäher, ausgeföhrt zu sein. Wir sind nur begierig, ob die hohe Polizei nicht demnach auch noch eine umfassende und eingehende Durchsuchung der — Abtritte vornehmen wird, um nachzuforschen, ob sich nicht unter dem dort befindlichen Papier ebenfalls Staatsgefährlichkeiten befinden. Vielleicht erleben wir dann außer diebezüglichen Prozessen auch noch eine Verordnung, wonach zu solch verschwiegene Zwecke lediglich die Regierungsorgane für würdig erklärt werden. . . . Die fremden Geschäftleute aber werden an die hiesige Messe denken und zweifelsohne gewaltige Freunde des herrlichen deutschen Reiches werden, das so mächtig ist, daß es sich — von einem Stilk Makulatur bedroht fühlt! — Auch sonst läßt der Eifer der hiesigen Polizei in Punkte Sozialistenherge nichts zu wünschen übrig und ist es nur bedauerlich, daß die erzielten Erfolge so wenig im Verhältnis zur angewandten Mühe stehen. So haben schon verschiedene Hausdurchsuchungen stattgefunden (u. A. erst jüngst wieder), aber jedesmal mit dem bekannten negativen Erfolg. Ein ganz besonderes Unglück ist der unermüdbaren Wächterin der heiligen Ordnung aber neulich begegnet. Es war ihr von außen her gemeldet worden, daß sich ein ganz besonders gefährlicher sozialdemokratischer „Agitator“ unterwegs befinde und mit dem und dem Zug nach Constan kommen werde, wo man sich seiner verschern solle. Als besonderes Erkennungszeichen des „Gefährlichen“ war angegeben, daß er einen hellbraunen Habit an habe. Natürlich fürzte sich alsogleich die ganze Polizeimacht auf den Bahnhof, um den arglosen Agitator in Empfang zu nehmen. Vermuthlich hatte man auch gleich Ketten mitgebracht, um den sündlichen Menschen unerschütterlich zu machen, denn einer der zum Empfang anwesenden K. l. e rappelte immer mit der einen Hand in seiner hinteren Tasche herum, während er den Daumen der anderen in das linke leere Knosfloch steckte, um es für einen gehörigen Piepogel für den gelangenen Fang herzurichten. Und richtig: als der Zug ankam, war einer der ersten Aussteigenden ein Mann im hellbraunen Habit. Aber da hätten die unsere Spürhunde leben müssen! Mit einer wahrhaft affenartigen Geschwindigkeit über den hellbraunen herfallen und ihn aus der Mitte der erstauenten Reisenden ins Kühle bringen — war das Werk eines Augenblicks. Aber ach, bald stellte sich heraus, daß der Verhaftete keineswegs ein „Agitator“, sondern ein einfacher Kürschnergehilfe war, der aus Straßburg kam, um sich hier anfänglich zu machen; daß man demnach den Falschen erwischt habe und der Gefährliche während der Verhaftung des Letzteren gemüthlich seine Wege vollenden und sein ruckloses Handwerk fortsetzen konnte! Nun gab's selbstverständlich statt Orden und Belohnung gewaltige Nasen, die unsere Polizei so in Aufregung gebracht haben, daß sie noch ganz rappig ist, eine Geistesverfassung, die bekanntlich erst recht zur Begehung von wohlbestellten Dummheiten geeignet ist. Es leben die folgenden und die Weisheit unserer Feinde!

Altona, 16. April. Seit der großen Hebe, die am 18. Februar stattfand, hat es neuerdings schon wieder verschiedene andere gegeben. So wurden am 26. und 27. März in Hamburg und Altona gegen 40 Hausdurchsuchungen abgehalten und verschiedene Personen zur Polizei geführt, jedoch bald wieder entlassen, weil nirgends etwas Verdächtiges gefunden werden konnte; es handelte sich wieder um verbotene Schriften, auch — da die Hamburger-Wahl schon ihren Schlaglichtern wirft — um angeb-



lich geheim abgehaltene Versammlungen. Bei Gen. Keimer wurde der ganze Zigarettenladen umgekehrt und in jede Kiste hineingeschnüffelt, aber auch hier gab es Nichts. Als man diesen fragte, ob er den Sozialdemokrat nicht lese, bemerkte er, der müsse wohl abgehängt werden, sonst würde er ihn wohl erhalten haben. Von dem am 18. Februar inhaftierten 13 Personen sitzen noch die Genossen Forstner, Wiemeyer und Heinecke, letzterer als Opfer der Freundschaft. Bei ihm wurden 22 Luverette „Sozialdemokrat“ gefunden, die der ehemalige Kolporteur Karl Fetz, der es vorgezogen hat, inzwischen einen Wohnungswechsel nach New-York vorzunehmen, bei Heinecke einlegte, da ihn das schlechte Wetter vom 17. Februar hinderte, den Rest seiner Sendung zu vertreiben. Am nächsten Tage fand die Hausdurchsuchung statt und der arme Heinecke, der schwindelhaftig ist und sich jetzt auf dem Krankenlager (im Gefängnis) befindet, ließ sich ruhig einstecken, ohne den Freund zu verrathen. Ferner sitzt auch noch der aus Berlin ausgewiesene Buchdrucker Könnede, der sich angeblich einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht haben soll.

Angehörig der uns auferlegten Opfer fordern wir unsere hiesigen Parteigenossen auf, Gelder zu sammeln, damit wir im Stande sind, die schweren Schäden, die uns zugefügt worden, nach Kräften ausmerzen zu können. (Wie wir schon erfahren, sind die drei oben genannten Genossen jetzt ebenfalls in Freiheit gesetzt. Gegen Forstner und Wiemeyer ist die Untersuchung niedergeschlagen, Heinecke mußte aber auf freien Fuß gesetzt werden, weil der Gefängnisarzt erklärte, eine längere Inhaftierung des Genannten würde den sicheren Tod desselben zur Folge haben. Die geradezu skandalösen Vorgänge in Altona, wo man förmlich zum Spaß Personen, gegen die absolut nichts vorliegt, Wochen lang einsperrt, um sie dann wieder laufen zu lassen, dürften im Reichstag seitens unserer Abgeordneten in der entsprechenden Weise zur Sprache gebracht werden. T. R.)

## Oesterreich-Ungarn.

\* Nach vielwöchentlichen Verhandlungen ist nun endlich der Krakauer Sozialistenprozeß zum Abschluß gekommen. Das Ergebnis entspricht vollkommen den allgemeinen und auch von uns bereits ausgesprochenen Erwartungen. Trotz aller erdlichen Anstrengungen der Polizei, die vor keiner Willkür und Schändlichkeit zurückschreckte, und der Regierung, die keinen Druck auf das Gericht sparte, trotz der raffiniertesten Manöver des Anklägers und trotz der offenbarsten Parteilichkeit des Gerichtsvorstandes wurden die sämtlichen Angeklagten von dem Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe freigesprochen. Demnach sind unsere polnischen Genossen mehr als 14 Monate selbst nach Meinung des Gerichts unschuldig im Kerker gefesselt und dort in der gemeinsten Weise gepeinigt worden! — Die Schlussverhandlungen fanden unter großartigem Menschenandrang statt und wurde das Urteil von der meist nichtsozialistischen Zuhörerschaft mit großem Beifall aufgenommen. Die günstigen Folgen des Prozesses für die sozialistische Propaganda in Galizien werden nicht ausbleiben.

— Die in unserer vorletzten Nummer gebrachte Notiz über die Verfolgungen von Sozialisten im ruthenischen Galizien erhalten eine Berichtigung. Demnach sind die beiden in Kolomea verhafteten Schwestern Pablik noch nicht abgeurteilt. In dem Prozeß, welchen die ältere Schwester in Gemeinschaft mit einer Anzahl Landknechten hatte, konnte das Bestehen einer „geheimen revolutionären Gesellschaft“ nicht nachgewiesen werden; das ganze Verbrechen der Angeklagten bestand im Lesen sozialistischer Schriften, was indessen in Oesterreich an und für sich denn doch noch nicht strafbar ist, weshalb Freisprechung erfolgen mußte. Die Polizei rächte sich aber für ihre Niederlage bald und verhaftete die unermüdbare Propagandistin unter dem Landvokall wieder und zwar diesmal mit ihrer Schwester. Es besteht die Hoffnung, daß die Geschwornen auch diesmal freisprechen, aber einige Monate Gefängnis haben die Schwestern auch in diesem Falle weg. Das nennt man politische Freiheit in einem Verfassungsstaat! Ein literarisches Blatt aber ist damit noch lange nicht zufrieden, sondern bebauert, daß Oesterreich kein Sibirien für die aus den Gefängnissen kommenden Sozialisten hat.

## Frankreich.

\* Indem wir nachfolgenden Bericht über die skandalöse Pariser Massen-Ausweisung zur Veröffentlichung bringen, können wir nicht umhin, unsern Erstaunen über die Haltung der radikalen, ganz besonders aber der sozialistischen Presse Frankreichs gegenüber diesem Ereignis Ausdruck zu geben. Dieselbe, welche noch kürzlich mit so anerkennenswerther Einseitigkeit und Thatsache für Hartmann eintrat, hat bis jetzt kein Wort der Entrüstung über die empörende und Frankreich schändende Polizeimagregel gegen die deutschen Sozialisten gefunden, sondern die Angelegenheit meist ganz todtgeschwiegen. „Justice“, „Reveil social“, „Lanterne“ ect. — kein Wort! Und der sozialistische „Proletaire“ — die „Egalité“ ist noch nicht erschienen — auch kein Wort! Es liegt uns fern, den — in solchem Falle doppelt nahe liegenden — Spruch: „Qui tacet, consentire videtur“\*) anzuziehen; aber die beliebte Handlungsweise ist wenig ehrenhaft und zeigt von Seite der französischen sozialistischen Presse von wenig Solidaritätsgefühl und viel Vorurtheile, was wir gerade im gegenwärtigen Augenblick des mächtig wachsenden Bedürfnisses nach Einigung der Sozialisten aller Länder und Richtungen tief bedauern.

E. R. Paris, 15. April. Eine Schandthat, wie sie kaum im reaktionärsten Staate vorkommen pflegt, begeht sechsen die französische Republik. Nicht weniger als 19 deutsche Genossen, worunter ein großer Teil Familienväter, werden vom französischen Boden vertrieben. Daß die französische Regierung, die sich sonst gerade durch die Freigebigkeit auszeichnet, es wagt, dem französischen Volke eine solche Schmach aufzubürden, daß sich bis jetzt die Pariser Bevölkerung und die Presse gegenüber diesem barbarischen Akte der „Republik“ ruhig verhält — das haben wir Deutsche einerseits dem Pressenbureau überhoben, den in das Herz des französischen Volkes einzuprägen unsere Nordpatrioten sich alle Mühe geben, andererseits aber dem nichts weniger als ehrenvollen Rufe, den die deutsche Bourgeoisie hier geniesst, zu verdanken. Außerdem hat die reaktionäre Republik nicht gerade die edelsten Mittel angewendet, um die öffentliche Meinung zu unseren Ungunsten zu bearbeiten. Die öffentliche Dürne reaktionäre Presse mußte herhalten. Trotzdem, daß einzelne Ausgewiesene nicht deutscher Nationalität sind, werden doch alle als „prussiens“ bezeichnet. Damit wollte man bei dem Speiser den etwas eingeschlafenen Chauvinismus zu unseren Ungunsten aufreithalten. Doch das allein schien nicht genug zu sein. Auch das arbeitende Volk sollte in uns einen Feind, einen Brodfeind erblicken. Trotzdem saß alle Ausgewiesenen in Deutschland mehr oder weniger politisch kompromittirt aus und daher ihnen der ungesetzliche Verbleib auf deutschem Boden unmöglich, werden wir als „Auswürf“, der nur den Pariser Arbeitern das Brod entzieht, keineswegs aber als politische Emigranten dargestellt. Besonders zeichnet sich in dieser Methode der Reder der hiesigen Pressbanditen, Emile de Girardin, in seine „France“ aus, wo er die Ausgewiesenen „obdachlose Bagabunden“ nennt. Und ihm folgte der ganze Rubel, das ganze Gewölk, das aus dem republikanischen Repetitionsfond seine Nahrung bezieht. So

ward das Terrain gebnet, und die Regierung begann ihr schändliches Werk. — Die Ausweisungen fanden an verschiedenen Tagen statt. 48 Stunden Aufenthalt war eine besondere Gnade, die nur Einzelnen zu Theil wurde; die Andern mußten binnen 24 Stunden den republikanischen Stand von den Füssen schütteln. Beschwerden gegen sofortige Ausweisung, wegen Interessenschädigung und wegen Namensverwechslung u. s. f. halfen nichts. „Vous êtes socialistes et cela nous suffit“ (Sie sind Sozialist und das genügt!) war die gewöhnliche Antwort. Bei Einzelnen wurden sogar gefällige Detektivberichte als Grund angegeben. Aber außer der obgenannten Furcht ist noch eine fieberhafte und infolge dessen fast kopflose Ausführung der Ausweisungsbefehle, die gewöhnlich die Folge des inneren Bewußtseins von der Ungerechtigkeit der eigenen Handlung ist, wachzunehmen. Selten war eine Ausweisung ohne einen Formfehler. Namensverwechslung, Städte- und Namensverdrückung war auf der Tagesordnung. Aber ein Ausweisungsbefehl setzte dieser Kopflosgkeit die Krone auf. Gen. Rabinowicz, ein Deutscher, wird als ein Rabinowicz aus Charkow in Rußland ausgewiesen. Seine, sowie die von dem Anwalt Engelhard (dem bekannten Verteidiger Hartmanns) erhobenen Beschwerden halfen nichts, ebensowenig das Vorzeigen eines deutschen Passes für das Ausland, von Militärpapieren u. s. f.; der Deutsche wird als russischer Unterthan ausgewiesen. Und als er die Annahme eines Passes, worin er als Russe bezeichnet wird, verweigerte, fügt man sich noch die göttliche Blamaze zu, ihm nun einen andern Paß, worin er als Deutscher bezeichnet wird, zu geben, so daß dieselbe Person von derselben Präfektur im Ausweisungsbefehl als Russe, im Paß hingegen als Deutscher bezeichnet wird! Das scheint schon keine „republikanische“, vielmehr eine „anarchistische“ Wirthschaft zu sein! — Die bis jetzt thatschächlich Ausgewiesenen sind: Bähle (Familienvater von vier Kindern), Dove (verheirathet), Erhard, Loh, Osang, Pognansky, Rabinowicz, Trunt, Boh, Wiza (verheirathet), Wolf und Wittmann (verheirathet), Zadel. Einzelne Genossen sind vor der Ausweisung verweist, weshalb die Zahl bis jetzt nicht genau festgestellt werden konnte.

## Italien.

\* Vor den Gerichten hat die Regierung Umberto's ein arges Pech: denn mehr als drei Viertel aller von der Polizei verfolgten und angeklagten Sozialisten werden freigesprochen, wodurch bestätigt wird, daß ihre Bestrebungen gesetzlich gewesen sind. Aber die verfolgungsfürchtige „freisinnige und fortschrittliche“ Regierung läßt sich durch so viele Mißerfolge nicht abhalten, sich immer neue Niederlagen zu holen. Kürzlich stellte sie 16 „Mädelsführer“ des jüngst ausgebrochenen großen Mailänder Buchdruckerstreiks wegen ungesetzlicher Koalition und Organisirung eines Arbeitsausstandes vor Gericht. Dieses aber sprach sämtliche Angeklagte mit Ausnahme eines einzigen, (welcher wegen Anwendung unzulässiger, gewaltsamer Mittel zur Durchführung des Ausstandes zu 15 Tagen Haft verurtheilt wurde) frei. Dieses Urteil ist um so wichtiger, als die italienischen Richter sonst nicht die Gewohnheit haben, die für ihre Unabhängigkeit kämpfenden Arbeiter zu schonen und ihnen die gleichen Rechte wie den Arbeitgebern zuzugestehen. Das Mailänder Gericht erkennt unumwunden das Recht der Arbeiter, sich zur Verteidigung ihrer drohenden Interessen zu vereinigen, an und stellt damit zwei von der Polizei stets bestrittene Rechte: das Vereinigungsrecht und das Recht der Arbeitseinstellung fest. Die glückliche Lösung der Angelegenheit ist zum großen Theil der festen und würdigen Haltung der Mitglieder des Tarifauschusses und des Streikauschusses wie der feiernden Arbeiter überhaupt zu danken.

## Großbritannien.

— London, 14. April. Die neueste, vom „großen Reichskanzler“ in Szene gesetzte Mordtrittepost hat uns ausgestoßen Kinder der Mutter Germania viel Spaß gemacht und umso mehr interessiert, als ohne Zweifel unser Adopтивaterland keinen geringen Antheil an der Entstehung des heiteren Schauspiel hat. (Der Hauptgrund ist aber zweifelsohne östlicher zu suchen. D. R.) Denn, gleich einem Theil der deutschen Presse zu glauben, daß ein an und für sich so unbedeutendes Ereignis, wie die im Bundesrathe erlittene Niederlage bei der ziemlich unwichtigen Quittungstempelvorlage den „Unentzehrlichen“ in solche Bewegung gesetzt haben sollte, deutet einen Zustand von Leichtverdaulichkeit an, deren ich den, in Bezug auf Aufnahme der heterogenen Brocken sehr leistungsfähigen deutschen Magen trotzdem nicht für fähig gehalten hätte. Die Thatsache ist, daß diese Donnerwettererlebe von Engländern mit einer brutalen Nichtberücksichtigung der Herzenswünsche sehr „erlaunter“ Persönlichkeiten, hier sowohl als auf dem Festlande, wieder einen jener ungenügenden Streiche verliert haben, wie sie bei diesem, in politischer Erziehung etwas vernachlässigtem Volke zuweilen vorkommen. Es hat nämlich eine mißliebige Regierung geführt und dem getrennen Alitren Bismarcks, sowie der ganzen europäischen Reaktion, Beaconsfield, den Laufpaß gegeben. Diese Großthat des englischen Volkes ist es, welche den jetztregierenden Kanzler auf schmerzliche berührt, und ihn veranlaßt hat, die unerwartete Beschränkung seiner theuren Völkertnebelungs-Pläne in stiller Zurückgezogenheit zu betrachten. Wäre Beaconsfield am Ruder geblieben, dann hätte er mit seiner treuen Schaar von Konservativen, die ihm folgten wie die Schafe des Panurge dem Widder, ehrlich mitgearbeitet, um überall eine solche Ruhe herzustellen, wie in — Warschau! Und nun haben die englischen Wähler ihr Veto eingelegt. Da liegt der Haase im Pfeffer! Es ist nun sehr ergötzlich, in dem von Bismarck direkt inspirierten Berliner Organe zu lesen, wie dem Beaconsfield sehr naiv der Rath gegeben wird, das neue Parlament in aller Gemüthlichkeit wieder nach Hause zu schicken und ein ihm (Beaconsfield oder Bismarck?) günstigeres wählen zu lassen. Das Studium der englischen Geschichte und Sitten scheint der Kanzler des deutschen Reiches doch etwas vernachlässigt zu haben, sonst würde er wissen, daß es ein etwas gewagtes Unternehmen ist, englische Volksvertreter à la Louis XIV. oder à la Bismarck behandeln zu wollen. Denjenigen, die es versuchen, hat man schon den Kopf vor die Füße gelegt, eine Gewohnheit, die auch anderwärts zur Nachahmung anzunehmen wäre. Bekanntlich ist Beaconsfield, ein großer Bewunderer Bismarcks und seiner „glorreichen Thaten“, und die Vorbereiten des Blut- und Eisenmattes liegen ihm nicht schlafen. Ruhm und Pulverdampf, päpstliche Herrschaft, Beschneidung der Volkssfreiheit, Organisirung einer internationalen Polizei, und die vielfältigen anderen schönen Erfindungen, die so unendlich viel zum gegenwärtigen glücklichen Zustand Deutschlands beigetragen — Tag und Nacht schwelben sie Beaconsfield als Ideale vor, die zu erreichen er rastlos bemüht war, und deren Segen er aus vollem Hüllhorn über Großbritannien anzuschütten hoffte. Und nun ist diese ganze Herrlichkeit, womit ein ganz erklüchter Anfang gemacht war, zu Ende und das Kartengebäude des Kaiserthums mit einem kräftigen Volkssturm zu Boden geworfen; und die europäische Reaktion hüllt sich in Sad und Asche. — Aber was mich am meisten in Erstaunen setzt, ist die sinnlose Art, womit der Chor europäischer Reaktion, den Kapellmeister Bismarck an der Spitze, seinen Liebling Beaconsfield mit seinen Völkertnebeln selbst todtgeschlagen hat. Und diese Leute nennen sich seine Diplomaten! Daß Beaconsfield dumm genug war, die ihm günstige Meinung der reaktionären Regierungen als einen Empfehlungsbrief zum Vertrauen des englischen Volkes zu präsentieren; daß die deutschen und österreichischen Regierungsgenossen etwas gar zu aufrichtig und naiverweise empfahlen; daß der Kaiser von Oesterreich sogar so weit ging (von einem Habsburger läßt sich freilich nichts Besseres erwarten), persönlich die englischen Wähler dadurch beeinflussen zu wollen, daß er öffentlich in beleidigender Weise sich über Gladstone äußerte; all dies hat nicht wenig zum Sturz des ersteren und zum beispiellosen Sieg des letzteren und der Liberalen beigetragen. Die englischen Wähler sind etwas misstrauisch gegen reichliche Geschenke wie die weiland Trojaner, und mit einer gewissen Logik sagten sie sich: „Ob Bismarck oder Franz Josef mit unserer Regierung zufrieden sind, darum sprechen wir uns einen Pfifferling; die Hauptsache ist, daß wir mit derselben zufrieden sind; da wir aber weder einen preussischen noch einen österreichischen Minister, sondern einen englischen haben wollen, so geben wir Beaconsfield den Laufpaß und nehmen Gladstone. Je mehr dieser Euch verhaßt ist, desto lieber ist er uns.“ Hätten Bismarck u. Co. etwas mehr Takt besessen, vielleicht bräuchten sie

jetzt nicht mit so außerordentlich verblüfften Gesichtern dazustehen, als ob ein geflügelter Elefant vor ihren Augen vorbeigöge. Ich habe ziemlich gute Gelegenheiten, die öffentliche Stimmung hier kennen zu lernen, und von Hunderten von Leuten hörte ich die Bemerkung machen, man wolle es den anmaßenden Reaktionen Europas zeigen, was es heiße, sich in aufrichtiger Art in ihre inneren Angelegenheiten einmischen zu wollen. Und sie haben es gezeigt. Wäre Bismarck der seine Diplomaten, für den man ihn hält, so hätte er der Replikprüfung das Lösungswort gegeben. Beaconsfield seinem Schützlinge den Krieg zu machen, und Gladstone zu empfehlen; vielleicht hätten sich die Briten dann täuschen lassen. Zumeist hat es gerade nicht für den Kredit des „großen Rannes“ bei den freischüttenenden englischen Volks, daß man nichts mit ihm zu thun haben will. Er hätte dieß aber wissen, und sich nicht so läppisch benehmen sollen. — Um einen kleinen Beweis zu geben, wie weit es schon unter Beaconsfield'scher Regierung mit gegenseitigen freundschaftlichen Polierhandlungen gekommen war, will ich aus der Objektivität hinuntertreten, und subjektiv werden, wie die Philosophen sagen. Dem Ausweisungsbefehl, den ich in einer Ihrer früheren Nummern besprach, war ein Empfangschein-Formular beigelegt, welches man mich in aller Unschuld eruchte, mit meiner Unterzeichnung versehen, zurückzusenden. Wahrscheinlich hielt mich die hochweise Polizei mit einer ebenso starken Dosis von Naivität begabt, wie die, welche sie selbst auszeichnet, um vorauszuweisen, daß die deutsche Regierung einen Werth von 20 Pf. für mich besitze. Also, anstatt für den Wisch Porto nach Deutschland zu zahlen, stehe ich mir gemüthlich eine Feste damit an. Acht Tage hernach kam ein Beamter vom hiesigen Generalpostamt mit der Mittheilung, die deutsche Regierung habe dieselbe erucht, ihr von mir einen Empfangschein für einen abgesendeten registrierten Brief zu beschaffen. Ich erklärte demselben, da der Briefträger von mir die richtige Absicherung bescheinigt erhalten habe, sei dieß Alles, was die Post zu verlangen habe. Wollte das Postamt an die deutsche Regierung darüber berichten, so könne man schreiben, dieselbe werde das Empfangschein erhalten, wenn auch auf eine andere Art, als man erwarte. Wieder acht Tage nachher kommt derselbe Beamte, zeigt mir ein Schreiben vom preussischen Ministerium, worin der Generalpostmeister (hat Kabinetministererang) „sehr dringend gebeten wird, einen beigelegten Empfangschein von mir unterschreiben zu lassen. Um den Kerk los zu werden, unterzeichnete ich den bedeutungslosen Wisch, frug aber, seit wann es denn Gebrauch sei, daß ein englischer Beamte dazu verwendet würden, Polizeibefehle fürs Ausland zu thun? Die Antwort ist man mir noch schuldig. Das ist zwar eine Kleinigkeit, aber es kennzeichnet die Situation. Unter keiner anderen Administration, als der Beaconsfield's würde es die deutsche Polizei auch nur gewagt haben, ein solches Gesuch zu stellen. S. K.

## Rußland.

\* Einem interessanten Brief unseres Bruderorgans „Egalité“ entnehmen wir Folgendes: Außer der revolutionären Empörung zerfällt noch ein anderer Feind lautlos die Gesundheit und die Kraft Rußlands. Das Schwarzrind bis zum polnischen Meer und in allen südöstlichen Provinzen herrscht Hungersnot. Die Bauern verkaufen Vieh und Geflügel fast für nichts, weil sie es nicht mehr zu erhalten vermögen; und tausende von Bauern verdienen sich als Tagelöhner nicht für einen, wenn auch noch so geringen Lohn, sondern lediglich für ein elendes Mittag- oder Abendessen oder ein Stück schwarzes, aus Haidekorn, Roggenmehl und Häcksel hergestelltes Brod. Auf den Märkten sieht man nirgends weder Heu, noch Korn, noch Bauholz. Die Landbevölkerung verläßt die Dörfer und häuft sich in den Städten des Südens an: Stumm und zitternd vor Kälte und Hunger umgeben sie die Häuser derer, welche sich im glücklichen Besitz von Nahrung und Wärme befinden, und thun ihnen auch bisweilen Gewalt an. So haben 40,000 Bauern sich Saratoff bemächtigt und im Verein mit 30,000 dortigen Bettlern die Zemstvo (eine Art Provinzial- und Ständeverammlung) gezwungen, die Unterhaltung der Regierung für die Nothleidenden anzufordern. In der Provinz von Samara war die Heuernte im vorigen Jahr eine überaus schlechte und die Dorgemeinden verkaufen deshalb ganze Viehherden für eine Note von 100 Rubeln oder tödten sie mangels an Käufern oder geben sie bis zum Frühjahr einigen reichen Besitzern zur Verpflegung, welche alsdann den größten Theil für ihre Mühle behalten. Viele Zemstvos haben von dem National-Ackerbau-Fonds Hilfe verlangt. Einige reiche Körperbesitzer haben jedem nothleidenden Bauer ihres Kreises eine Gabe von 25 Rubeln gegeben und eröffnen während des Tages Volksschulen und während der Nacht Schlafhäuser. — Ueber allem erscheinen auch die Wölfe in großer Anzahl. Während der Nacht kommen sie einzeln oder paarweise bis in die Straßen der Städte, tödten Kühe, Kälber und Pferde, fähren sich auf die Schafherden und zerreissen hunderte. In dem Gouvernement Moskau wurden sogar Menschen von ihnen getödtet oder verwundet. Sie verschleichen die in die Zemstvo-Freischulen gehenden Bauernkinder und in vielen Kreisen schließen Bauern und Gutsbesitzer, trotz einer guten Auerbe zu haben, die Schulen, welche niemals offen sind. ... Armes Rußland! Ein Ereignis von Bedeutung trug sich während des März in Kiew zu, nämlich eine Revolte der Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten, in welchen mehr als 1500 Arbeiter beschäftigt sind. Infolge des Gerüchtes von der Verminderung der Arbeiterzahl und des Arbeitslohnes, sowie infolge eines Streites zwischen einigen Arbeitern und einem Aufseher, sandten die Waggonarbeiter auf, bemächtigten sich der Zentralschmiede und gaben das Signal zur allgemeinen Arbeitseinstellung. Die Arbeiter bewaffneten sich mit allen möglichen Instrumenten, Stangen u. s. w.; die Werkstätten waren in ihrem Besitz. Unter diesen Umständen mußten die Behörden wollen sie es nicht zu einem Sturm kommen lassen, nachgeben; und der frühere Zustand wurde wieder hergestellt, worauf die streikenden Arbeiter wieder an ihre Arbeit zurückkehrten. Es ist von Bedeutung, daß unter den fünf großen Tamulen, welche seit 1871 aus größeren Städten gemeldet wurden, vier auf kleinrussischem Boden spielten: in Odesa, Charkow, Kozow am Don und Kijew.

## Briefkasten

der Expedition: Wegen Raumangels können die „Fonds“ sämtlich nur allmonatlich quitiert werden. Redaktionschluss spätestens Mittwoch Mittag vor Ausgabe des Blattes. — T. Brühl: Jcs. 10. — Ab. I. Cu. erh. Sammelisten später. Hgbl. abgg. Redaktionselles vorgemerkt. — Barba: R. 15. — erhalten. Alles Weitere vorgemerkt. Hgbl. abgg. und weilers in Aussicht. — Arminius: Erste Sdg. an G. H. erfolgt. Alles in Ordnung. — Weiteres kommt. — S. B. Kette: 24. R. 15.20 erh. und H. Pf. verwendet. Sdg. abgg. — 777 Meldedonn. — Am 20. ds. 1 Pfr. für Dich durch A. abgg. O. hosen dort und besorgt. — Ph. Leber — id.: R. 45. — Ab. j. 2 Adr. und 13 dortige p. II. Cu. hier. Haben aber doch 16 dortige und einen von R. zu kriegen; brf. mehr. — O. Peter. St.: J. 1 Bizarre R. 4.75 und R. 1.50 f. d. „Flugschiff. F.“ quitiere vorläufig hier. Bf. v. 12. am 15. hier. Inhalt besorgt. — A. P. — s. d. B. 2. — für II. Cu. und F. Fonds verwendet. — S. P. Wbg.: R. 5. — Ab. II. Cu. und F. erh. Weiteres richtiggestellt. — S. W. — ensort.: d. B. fl. 4. — Ab. II. Cu. und Schrift. erh. Weiteres folgt. — J. G. Serviers: Jcs. 4.50 à Conto hier. Sdg. bewirkt. — Dr. Gele: R. 30. — erh. R. 10. — v. A. Sch. Abgg. am 23/3 dort ab, am 25. Abds hier eingeh. Briefl. durch Ky. am 20. ds. Weiteres berichtet. — Peter Wald: Am 20. ds. Bf. an J. Ths. abgg. Hoffentlich alles Gut dort und in Arbeit. — J. G. und B. R. — au: R. 12.25 erh. und nach Vorschrift beahgt. — E. K. — m a/Ab.: R. 6. — Ab. und Hgbl. erh. Alles folgt. — J. A. P.: R. 33. — Ab. Gto. erh. — A. Tsh. — g.: R. 5.60 Ab. II. Cu. und Schrift erh. — 80 Pf. bleiben davon für Hgbl. — J. Dr. Brühl: R. 3. — für J. Dr. A. O. erhalten und besorgt. Dank f. Vermittlung und Auerdieten. — J. R. und Sch. — II. a. P.: R. 9. — 3 Ab. II. Cu. durch Ds. erh. — C. F. R.: R. 5. — wovon R. 2. — f. „4000 Weidhöggen“ erh.: Ab. II. Cu. besorgt. — Dr. St. R. York: P. R. vom 5 p. erh. Weiteres dankend vorgemerkt. — J. A. K.: R. 3. — erh. und somit I. und II. Cu. geordnet. R. hat nur für sich beahgt. und 2 Expl. nach St. G. erhalten. Jetzt also Alles in Ordnung. — o. O. H.: Jcs. 22.89 durch G. hier. Jcs. 8.50 hieron a. d. Tagm. anbez. 4 Ab. II. Cu. geordnet. Hgbl. abgg. —

\*) Wer schweigt, scheint beizustimmen.